

# Abgeordnetenhaus.

## Annahme des Ausgleichsprovisoriums.

In der gestrigen Sitzung hat Finanzminister Doktor Freiherr v. Wimmer zu den Vorlagen betreffend die Oesterreichisch-ungarische Bank das Wort genommen und hiebei über die Fragen des Kriegsgewinnes und des Goldbesitzes der Bank, sowie über das Disagio und die Noten-Inflation wichtige Ausführungen gemacht. Mit Recht verwahrte er sich gegen die Anregung, die Kriegsgewinnsteuer der Bank als Zwecksteuer anzulegen, wie es andererseits ganz selbstverständlich sei, daß der Bankgewinn aus dem Valuten- und Devisengeschäfte für Währungs Zwecke vorbehalten bleiben muß, eine Forderung, der die in der Regierungsvorlage vorgesehene Schaffung einer Währungsreserve gerecht wird. Ueberaus beruhigend äußerte sich der Finanzminister über die auf dem Gebiete des Geld- und Währungswezens während des Krieges zutage tretenden Erscheinungen, mit Recht führte er sie auf die Gestaltung unserer Zahlungsbilanz zurück. Die Entwicklung, die gerade in den letzten Tagen im neutralen Auslande auf diesem Gebiete für die Zahlungsmittel der Zentralmächte angebahnt worden ist, läßt die Richtigkeit der Ausführungen des Finanzministers in voller Deutlichkeit erkennen.

In der weiteren Debatte besprach Abg. Bach die mit der Wiedereinrichtung der Friedenswirtschaft zusammenhängenden Probleme, wobei er die Wichtigkeit eines langfristigen Ausgleiches hervorhob. Redner wandte sich sodann den politischen und wirtschaftlichen Antrieben der Tschechen zu, wobei er den bedeutenden Satz aussprach: Auch der Entente im Jänner wird es nicht gelingen, die beiden Staaten der Monarchie zu zerlegen. Auf dem Gebiete der Ernährung haben die Tschechen der Allgemeinheit gegenüber vollkommen versagt. Trotz des reichen Ertrages des Bodens von Ozechisch-Böhmen ist die Ausbringung der Nahrungsmittel ungenügend. Auch die Regierung ist in diesem Punkte nicht frei von Schuld. Sie ist einfach machtlos.

Abg. Heilingner verglich in längerer Rede die wirtschaftlichen Verhältnisse in Oesterreich und Ungarn, wobei er hervorhob, daß Ungarn die Dienste, die ihm Oesterreich auf industriellem Gebiete geleistet hat, auf dem Gebiete der Ernährung nicht voll erwidert habe; er spricht sich für die Annahme des Ausgleiches aus, indem er der Hoffnung Ausdruck gibt, daß sich unser Verhältnis zu Ungarn ändern, das heißt zu unseren Gunsten bessern wird.

Bei der Abstimmung wird der Ausgleich nach dem Berichte des Ausschusses mit 188 gegen 165 Stimmen angenommen.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft war, ergriff Ackerbauminister Graf Silva-Tarouca das Wort, um in ausführlicher, interessanter Rede sein agrarpolitisches Programm zu entwickeln. Er besprach die landeskulturellen und landwirtschaftlichen Probleme, eigentlich das Problem, das uns alle heute beschäftigt und von dessen Lösung nicht nur unser Durchhalten für die uns noch aufzunehmende restliche Dauer des Krieges, sondern unsere Existenz in der Uebergangszeit und unser Bestehen in der Folge abhängt. Die Ausführungen des Ministers weckten nicht nur das Interesse der agrarischen Abgeordneten, sondern aller, die in seinen Worten das Bekenntnis eines Mannes sehen, der seine Aufgabe ernst nimmt und den großen Fragen, die bisher nur zaghaft angefaßt worden sind, energisch auf den Leib rückt.

Im Vorgesatz zu so mancher sich mit ähnlichen Problemen fassenden Resortrede tritt der Ernst der Auffassung, der Wille zum Erfolg und nicht zuletzt die Aussicht auf den Erfolg klar zutage, da Graf Silva-Tarouca auch die Mittel und Wege angibt, die zum Erfolg führen müssen. Wenn es gelingt, so schloß der Minister, dieses Programm durchzuführen können wir und die künftigen Generationen zuversichtlich hoffen, daß wir in der Ernährung vom Auslande unabhängig und wirtschaftlich sowie finanziell erstarren werden.

Nachstehend der Bericht:

## Die Rede des Finanzministers.

Finanzminister Dr. Freiherr v. Wimmer bemerkt, er möchte sich lediglich mit den Vorlagen, betreffend die Oesterreichisch-ungarische Bank befassen. Es genügt vielleicht, darauf hinzuweisen, daß von den großen Kriegsgewinnen, welche die Bank in den drei Jahren 1914, 1915 und 1916 — auf diese drei Jahre bezieht sich die Vorlage — erzielt hat, im Durchschnitt den Aktionären im Vergleich mit den Dividenden der letzten drei Friedensjahre 1911, 1912 und 1913 ein Plus an Dividende von 1/2 Prozent pro Jahr zufließt. Man erzieht daraus, daß die Staatsverwaltung gewiß ganz zielebenhaft vorgegangen ist und es ist ja auch vollständig sachlich begründet, daß diese großen Kriegsgewinne, die vor allem aus der Darlehensgewährung der Notenbank an den Staat resultieren, zum weitaus überwiegenden Teil wieder dem Staat zufließen haben.

Abg. Dr. Heilingner: Es sollte bei den anderen Banken auch so sein, dann wäre es gut!

Finanzminister Dr. Freiherr v. Wimmer: Da ist der Ursprung der Gewinne immerhin ein anderer. Von einem Abgeordneten ist der Wunsch vorgebracht und der formale Antrag gestellt worden, daß die Kriegsgewinnsteuer der Bank zu speziellen Zwecken verwendet werden soll, im Wege einer Fondsabhebung oder einer Zuweisung für spezielle landwirtschaftliche Zwecke. Dagegen muß ich mich ganz entschieden aussprechen. Es widerspricht allen Grundfragen der Budgetierung und des Staatshaushaltes, daß man spezielle Einnahmen speziellen Ausgaben zuweist.

Es sei selbstverständlich, daß der Gewinn der Oesterreichisch-ungarischen Bank aus dem Valuten- und Devisengeschäfte, der, wenn man nach dem Wortlaute der Statuten vorgehen würde, zur Verteilung gelangen sollte, weder zur Verteilung gelangen, noch zur Bestreuerung der Bank als Kriegsgewinn herangezogen werde, sondern daß er wieder für Zwecke der Wahrung reserviert werden soll. Auch in dieser Beziehung habe die Vorlage keine Einwendung erfahren, weshalb der Minister bitte, den Gegenentwurf unbedingt anzunehmen.

Was den Gegenentwurf über die Verlängerung des Privilegiums der Oesterreichisch-ungarischen Bank nach in Zusammenhang damit des Münz- und Währungsvertrages betrifft, liegt

es in der Natur der Sache, daß sowohl das Privilegium als auch der Münz- und Währungsvertrag auf die gleiche Zeitdauer wie der Ausgleich verlängert werden.

Die Frage des Goldbesitzes erörternd, sagt der Minister, die Situation der Bank war immerhin eine derartige, daß, wenn sie liquidiert hätte, das Aktienkapital inklusive eines gewissen Zuschusses hätte ausgezahlt werden können. Der Minister wollte jetzt nur diesen einen Punkt der Frage berühren, im übrigen aber auf das Pro und Kontra jetzt nicht eingehen. Von mehreren Rednern wurde im allgemeinen die ungünstige Lage unserer Wahrung hervorgehoben, und die Schuld an dieser Situation von einigen Rednern teils auf die Regierung, teils auf die Geschäftsgebarung der Oesterreichisch-ungarischen Bank geschoben. Der Minister habe wiederholt Gelegenheit gehabt, sich über die Frage unserer Währungsverhältnisse im Abgeordnetenhaus zu äußern. Es sei richtig, daß unsere Wägung im Verhältnis zu den Währungen neutraler Länder ungünstig stehe. Diese Erscheinung sei zunächst aus der Gestaltung unserer Zahlungsbilanz zu erklären. Wir haben aus den neutralen Ländern sehr viel zu beziehen und haben andererseits keine Gegenpost. Daraus allein ergibt sich selbstverständlich das bedeutende Disagio; es wirkt — allerdings nur mittelbar — auf das Disagio gegenüber dem neutralen Auslande auch die große Notenemission. Die Inflation bewirkt natürlich auch im Inlande mittelbar eine Entwertung des Geldes, obwohl die primäre Ursache weniger darin, als in dem Warenmangel gelegen sei. An der Noteninflation könne jedoch der Bank kein Verschulden zugeschrieben werden. Die Inflation wäre allerdings vermieden worden, wenn die Bank nicht bereit gewesen wäre, die vom Staate verlangten Darlehen zu gewähren; dann wäre an die Stelle der Banknoteninflation natürlich eine Staatsnoteninflation getreten. Der Minister möchte die Gelegenheit benutzen, um im allgemeinen darauf hinzuweisen, daß die Notenbank sich in diesem Kriege zweifellos besondere Verdienste erworben habe. Bei der Notenbank wurde für den Krieg vieles planmäßig vorbereitet, insbesondere wurde der ganze Zahlungsdienst für das Heer für den Kriegsfall bis in das kleinste Detail organisiert. Im Momente der Mobilisierung habe der ganze Apparat vollständig taglos funktioniert.

Diese Angelegenheit habe sich allerdings der allgemeinen Wahrnehmung und Kenntnis entzogen, sie bildete aber ein außerordentlich wichtiges Glied in den Vorbereitungen für die Mobilisierung. Der Minister habe wiederholt betont, daß die Durchführung der Valutareform eine der Voraussetzungen für unsere finanzielle Leistungsfähigkeit im Kriege war. Ohne die Durchführung der Valutareform hätten wir den Krieg finanziell gewiß nicht in der Weise durchhalten können, wie es tatsächlich der Fall ist. Die Oesterreichisch-ungarische Bank habe seit Beginn der Valutareform fortgesetzt an dem Ausbau derselben planmäßig und tatkräftig und mit allergrößter Eile auch im Auslande anerkanntem Erfolg mitgearbeitet.

Es wurde gesagt, daß, abgesehen von der Bank, der Staat an der Verschlechterung der Valuta Schuld trage. Wenn Sie dem Staat etwa den Vorwurf machen, daß die Kriegskosten sehr hoch sind, insofern, daß der Staat in der Lage wäre, sie herabzusetzen.

Abg. Dr. Reblisch: Er wäre in der Lage gewesen! Am Anfang ist er sich verweigert worden!

Finanzminister Dr. Freiherr v. Wimmer: Ich möchte mich auf diese Frage nicht einlassen. Sie entzieht sich der unmittelbaren Ingerenz des Finanzministeriums. Insofern aber die Auslagen gemacht werden müssen, standen der Staatsverwaltung folgende Wege offen: die Steuern, die natürlich nur für die normalen Zeiten ausreichen, die Kriegsanleihen und Vorläufe der Banken. Wenn diese Geldmittel nicht ausgereicht haben, blieb schließlich nichts übrig, als an die Notenbank heranzutreten. Daß die Finanzverwaltung das nur mit Bedauern getan hat und gewünscht hätte, daß die Inanspruchnahme der Bank eine geringere gewesen wäre, ist wohl selbstverständlich. Vielleicht aber ist an der geringen Höhe des Notenumlaufes zu Teil auch das hohe Kurs selbst — ich will nicht sagen: mitschuldig, aber vielleicht hat es mitgewirkt, um die Höhe des jetzigen Notenumlaufes hervorzuheben.

Abg. Dr. Reblisch: Die Erhöhung des Unterhaltsbeitrages ist das Verbrechen des Hauses!

Finanzminister Dr. Freiherr v. Wimmer: Seit dem Juni dieses Jahres sind vom Hause Milliarden von Ausgabebeschlüssen worden, und es waren so manche Ausgaben vorzutragen, gegen welche ich von dieser Stelle aus meine Bedenken geltend machte. Ich konstatierte nur die Tatsache, daß die Inanspruchnahme der Notenbank selbstverständlich eine Folge der hohen Auslagen ist und daß diese hohen Auslagen zu einem nicht unbedeutenden Teile auf Initiativebeschlässe des Hauses selbst zurückzuführen sind.

Abg. Wöhr: Es wäre aber notwendig, auch zu erklären, ob ein Gesetz beschlossen wurde, das den Bedürfnissen nicht entspricht!

Finanzminister Dr. Freiherr v. Wimmer: Ich glaube, daß auch manche Beschlässe darunter waren — ich habe keinen Grund, zurückzuhalten, und habe mich gelegentlich bei Verhandlungen auch dahin ausgesprochen — die zu weit gegangen sind.

Wenn der Minister von der Noteninflation spreche, wolle er auch heute wieder auf eines der Hauptmittel hinweisen, welches geeignet ist, die Noteninflation zu bekämpfen, nämlich die Kriegsanleihe. Die Reihungsschrift der siebenen Kriegsanleihe wurde bis 15. Dezember verlängert. Der Minister habe schon einmal an die Mitglieder des Hauses den Appell gerichtet, an der Propaganda für die Kriegsanleihe eifrig mitzumachen. Er wolle auch heute seine Ausführungen mit einem neuerlichen Appell in diesem Sinne schließen und die Abgeordneten eindringlich bitten, in ihrem eigenen Interesse, im Interesse des Staates, im Interesse der Wähler, im Interesse der Bekämpfung der von allen so beklagten Noteninflation im Sinne einer möglichst ausgiebigen Zeichnung von Kriegsanleihe in ihrem Wirkungskreise sich zu betätigen. Damit werde auch für die Vorbereitung des Friedens eine sehr wesentliche Leistung vollbracht werden. (Beifall.)

Abg. Ritter v. Zuzakovic führt aus: Die sogenannten Februarverhandlungen wurden von der gegenwärtigen Regierung übernommen. Sie konnte auch bei den besten Intentionen, von denen sie gewiß geleitet ist, eine Aenderung nicht erzielen. Der Umstand, daß diese Verhandlungen nicht vertauscht wurden, erwidern den Anschein, daß sie für uns nicht günstig seien.

## Eine Anklage des Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Dr. v. Seidler verliest die Erklärung des seinerzeitigen Ministerpräsidenten Baron Gauisch, die sich auf die Auslegung des Artikels 20 des Ausgleichsvertrages bezieht, und erklärt im Anschlusse daran, daß sich das beanstandete Wort „vereinbart“ nicht auf den Vertrag vom 27. Februar d. J. bezieht, sondern auf jene künftige Vereinbarung, die der Genehmigung der beiden Häuser des Reichsrates unterbreitet werden wird.

An Grund der Ausführungen des Ministerpräsidenten steht Abgeordneter Kuranda, wie bereits im Abendblatt gemeldet, seinen Minoriätsantrag zurück.

Abg. Stajani führt die wirtschaftlichen Verhältnisse in Galizien, die er mit den Verhältnissen in Oberösterreich vergleicht, während sich

Abg. Geuer für die Rechte der Dobner einsetzt.

Abg. Wolf behält sich die prinzipielle Stellungnahme zum Ausgleich für die Verabschiedung des definitiven Ausgleiches vor. Den Antrag des Ausschusses müsse man umso eher zustimmen, da in den gegenwärtigen anheerwerblichen Verhältnissen die Vereinbarung über handelspolitische Verhältnisse mit Ungarn weder im Interesse des Oesterreichischen Staates, noch seiner Wähler gelegen sein dürfte. Es erweist vielmehr jetzt notwendig, in voller Einigkeit mit Ungarn gegenüber unseren Nachbarn aufzutreten.

Abg. Rafter begründet die Wichtigkeit eines langfristigen Ausgleiches. Ein dauerndes Verhältnis, auf Grund dessen sich die Quote automatisch bestimmen würde, wäre das Beste. Aber das werde wohl derzeit noch ein frommer Wunsch bleiben. Von Segen wäre für uns ein dauerndes und enges wirtschaftliches Verhältnis zum Deutschen Reich. Auch zur Erreichung dieses Zieles sei ein langfristiger Ausgleich mit Ungarn Voraussetzung. Redner kommt sodann auf die Umstände an, die der Oesterreichischen Slowen zu sprechen und sagt, daß im Kampf gegen diese Wünsche Deutsche und Ungarn Bundesgenossen seien. In der Ernährungsfrage haben die Tschechen den Staat im Stich gelassen. Deutschböhmen und Ozechischböhmen sei nicht ein Versorgungsgebiet. (Beifall.) Trotz des reichen Ertrages des Bodens in Ozechischböhmen werden wir von dort nicht genügend mit Nahrungsmitteln versehen. Auch die Regierung sei in diesem Punkte machtlos. Auch die Kohle wird uns nicht genügend geliefert! Worin? Weil wir diese gutverdannte Landeszentralwirtschaft haben. (Zustimmung.) Los von den Prager Tschechen auf dem Ernährungsgebiete! (Lebhafte Beifall.) Im Kampf um die Aufrechterhaltung ihrer Grenzen hätten Ungarn und Oesterreich sich gegenseitig gegen die slavischen Vordringlinge zu unterstützen. Auch der Entente im Jänner wird es nicht gelingen, die beiden Staaten zu zerlegen. Die Leute, die immer vom Selbstbestimmungsrecht der Völker reden, wollen doch dreieinhalb Millionen Deutsche in Böhmen, Mähren und Schlesien in einen ozechischen Staat hineinzwingen. Wenn Sie uns nicht erlauben, bringen uns die Tschechen in diesen Staat nicht hinein. (Lebhafte Beifall und Zwischenrufe.)

Abg. Gruban erklärt, er schließe sich vollkommen den Ausführungen des Abgeordneten Fiebler an, die überaus maßvoll gemeint seien. Der Dualismus wird sich nach unserer Auffassung nicht erhalten lassen. Die Ausgleichsgesetze aus dem Jahre 1867 gestatten uns, ja verpflichten uns förmlich, auch über die inneren Angelegenheiten Ungarns mitzuprotieren. Wie sehr müßten die ungarischen Staatsmänner und Publizisten sich getrost fühlen, wenn sie sogar unbillig geworden sind. Es ist dies begrifflich, denn sie würden an der empfindlichsten Stelle getroffen, in ihrer Nationalitätenpolitik. Wir nehmen uns auch bei der armen verlassenen Slowaken an. Kurze Zeit vor Kriegsausbruch sagte Graf Tisza, die Magyaren hätten den Oesterreichischen Deutschen zweimal bereits in den Sattel geholfen. Es wäre kaum etwas, wenn sie es ein drittesmal täten, weil die Deutschen nicht mehr stark genug seien, sich im Sattel zu erhalten. In Wiener Bürgerhöfen wird der magyarische Unterricht eingeführt, in einer Zeit, wo in Budapest nicht einmal Reichsdeutsche eine deutsche Privatschule errichten dürfen. Die Deutschösterreicher haben bei den Magyaren nicht einmal eine halbwegs befriedigende materielle Berücksichtigung bei der Lebensmittelfuhr erreicht. Die herrschenden magyarischen Klassen waren immer die dritten, die aus dem Ertrage der zweitgrößten, vorgezeichneten Völker Oesterreichs den Profit gezogen haben.

Generalrabener Abg. Dr. Heilingner begrüßt zunächst das Gesetz über die Kriegsgewinnsteuer der Oesterreichisch-ungarischen Bank, vor allem, weil man hier eine Kriegsgewinnsteuer von 20 Prozent sehe. Es wäre empfehlenswert gewesen, von den anderen Banken die Kriegsgewinnsteuer in derselben Höhe zu verlangen. Dann wären gleich Milliarden herbeigekommen, wenn hier energisch vorgegangen und das Geld dort gesucht würde, wo es ist, und nicht wo es nicht ist, eventuell bei den indirekten Steuern. Was das zweijährige Ausgleichsprovisorium betrifft, so hat der Referent mit Recht betont, daß jede, auch die stärkste Garantie dafür geboten ist, daß über den neuen Ausgleich das Parlament entscheiden werde und heute hat der Ministerpräsident gemissermaßen eine Legalinterrotation des Gesetzes dahin gegeben, daß ohne Zustimmung des Parlamentes absolut nicht vorgegangen werden wird. Auch die Opposition habe gegen die konstitutionelle Form nichts einzuwenden gehabt. Die Grenzherre Ungarns hat namenloses Elend nach sich gezogen und man wird in künftigen Zeiten die Wiener Frauen wegen ihres Heroismus bewundern, mit dem sie dies ertragen haben. Redner verweist darauf, welche Massen beifriedsreicher von Kohle und Zucker aus Oesterreich nach Ungarn gelangten. Petroleum, Stoffe, Papier, Schuhe, Kleider usw. wurden von Oesterreich nach Ungarn geführt und wir mußten sie zu horrenden Preisen wieder einführen. Ungarn ist der größte Kriegsgewinnler der Monarchie geworden. Als Freund Ungarns hoffe Redner, daß unsere Wünsche in der Ernährungsfrage erfüllt werden, insbesondere jetzt im Kriege. Dies wäre nicht nur zum Nutzen Oesterreichs, sondern vor allem auch Ungarns und des gesamten Reiches.

Abg. Dr. Zolofka erklärt zunächst die Behauptung des ungarischen Abgeordneten Polonyi juristisch zu müssen, daß Doktor Kramarz seinen Republikanismus mit Hilfe russischer Rabel propagiert habe. Diese Behauptung erkläre er als Schandwerk erlegen. Die Magyaren können sich die Taktik nicht abgewöhnen, diejenigen zu benutzieren, die ihr eigenes politisches und kulturelles Leben frei führen wollen. In dem Streben nach freier politischer Betätigung sind heute alle böhmischen Abgeordneten und Parteien einig wie ein Mann. Sie werden dieses Ziel nicht preisgeben, bis es zur Erfüllung kommt. Das böhmische Volk wird den Kampf gegen den Dualismus nicht aufgeben. Redner erklärt schließlich namens seiner Klubgenossen, gegen die Vorlagen zu stimmen. (Lebhafte Beifall bei den Tschechen.)

Präsident: Da die Abstimmung über die Vorlagen nach § 72 der Geschäftsordnung auf 6 Uhr festgesetzt wurde, werde ich die Sitzung unterbrechen.

Die Sitzung wird um dreiviertel 5 Uhr unterbrochen und um halb 6 Uhr abends wieder aufgenommen.

Abg. Frießmann zieht die von ihm gestellten Anträge mit Rücksicht auf die Erklärungen des Ministerpräsidenten zurück. Berichterstatter Witas konstatiert in seinem Schlussworte, daß in legislativer Hinsicht während der Debatte keine wesentlichen Momente vorgebracht wurden. Wenn die Regierung mit Ernst und Entschiedenheit Ungarn gegenüber die Interessen Oesterreichs vertritt, so mag sie überzeugt sein, daß das ganze Parlament ohne Unterschied der sonstigen politischen und nationalen Meinungen hinter ihr steht. Mit Ernst und Laibkraft muß aber auch das Abgeordnetenhaus die Interessen Oesterreichs wahren. Wenn wir die Gerechtigkeit gegen einander üben, wenn wir dem einzelnen Teile die Freiheit, dem ganzen Staate die Ordnung geben, dann werden wir auch in einem einheitlichen Willen gelangen, gegenüber Ungarn stark werden und einen besseren Ausgleich erzielen. Dieser bessere Ausgleich muß erzielt werden. Seien wir nicht negativ, sondern positiv gerichtet Menschen, richten wir unsere Blick auf Gegenwart und Zukunft. In dem Augenblicke, wo wir im Osten einem ganzen Volke die Hand zum Frieden bieten, dürfen wir nicht im Reiche selbst den Krieg proklamieren, sondern müssen gleichfalls für den Frieden sprechen! (Lebhafte, anhaltender Beifall und Handklatschen.)

## Die Abstimmung.

Die drei Gesetzesvorlagen werden in zweiter und dritter Lesung angenommen. Die Abstimmung über § 1 des Gesetzes, womit die provisorische Regelung der wechselseitigen Handels- und Verkehrsbeziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn genehmigt und in Kraft gesetzt wird, erfolgte namentlich. Dieser Paragraph wird mit 188 gegen 165 Stimmen angenommen.